

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	v
Inhaltsübersicht	vii
Abkürzungsverzeichnis	xxix
Abgekürzt zitierte Literatur.....	xxxix

A	Einleitung	1
I.	Der Begriff »Schadenersatzrecht«	5
II.	Delikt und Verletzung eines Schuldverhältnisses	9
III.	Voraussetzungen eines Schadenersatzanspruchs und Zurechnungsgründe	11
	A. Schaden	11
	B. Verursachung	12
	C. Zurechnungsgründe	12
	1. Einleitung	13
	2. Überblick über die im österreichischen Recht maßgebenden Zurechnungsgründe	15
	a. Rechtswidrigkeit und Verschulden	15
	b. Hohe Gefährlichkeit	16
	c. Zwischenbereich zwischen Verschuldens- und Gefährdungshaftung	16
	d. Inanspruchnahme fremden Gutes	17
	e. Fehlverhalten anderer Personen, die der eigenen Sphäre angehören	18
	f. Wirtschaftliche Schadenstragungsfähigkeit	18
	g. Gewinnerzielung	19
	h. Risikogemeinschaft	20
	i. Versicherbarkeit	21
	j. Sicherstellung des Ersatzes	21
	k. Das Zusammenspiel der Haftungselemente	22
IV.	Die Zwecke des Schadenersatzrechts	24
	A. Einleitung	25
	B. Ausgleich erlittenen Schadens	26

C.	Präventionsfunktion	29
1.	Die Präventionsfunktion im Allgemeinen	29
2.	Der Rechtsfortsetzungsgedanke	32
3.	Private Normdurchsetzung	33
D.	Sanktionsfunktion	37
1.	Die Abstufung des Ersatzes nach der Schwere des Verschuldens	37
2.	»Strafschadenersatz«	39
E.	Versorgungsfunktion	44
F.	Ökonomische Optimierung	44
V.	Das Schadenersatzrecht im Gesamtsystem der Privatrechtsordnung	53
A.	Rechtsgeschäft und Schadenersatzrecht	53
B.	Schadensverhütungsregelungen	56
C.	Schadensausgleichssysteme	57
D.	Bereicherungsausgleichsregelungen	58
VI.	Versicherung statt Haftung bei Personenschäden?	60
VII.	Die Harmonisierung des Schadenersatzrechts in der EU	65

B Grundvoraussetzungen 73

1 Der Schaden 77

I.	Einleitung	78
II.	Begriff und Arten des Schadens	78
A.	Die Umschreibungen durch Gesetz, Rechtsprechung und Lehre	78
B.	Die Diskussion über den Schadensbegriff	81
1.	Natürlicher oder normativer Schadensbegriff	81
2.	Neuere Schadenstheorien	84
a.	Bestrebungen zur Ausweitung des Vermögensschadensbegriffs	84
b.	Ökonomischer Schadensbegriff	86
3.	Eigener Standpunkt	87
III.	Der Vermögensschaden	88
A.	Realer und rechnerischer Schaden	88
1.	Der reale Schaden	89
2.	Der rechnerische Schaden	89
a.	Begriff	89
b.	Differenzrechnung	89

c.	Reiner Vermögensschaden, Primärschaden, Substanzschaden und Folgeschaden	90
d.	Die unerwünschte Geburt eines Kindes (wrongful birth) als Schaden?	92
e.	Die unerwünschte eigene Existenz (wrongful life) als Schaden?	106
B.	Positiver Schaden, entgangener Gewinn und Verlust einer Chance	108
1.	Die Abgrenzung im Grundsätzlichen	108
2.	Das Sonderproblem der Chancen	112
3.	Einzelfragen	115
a.	Beschädigung von Produktionsmitteln	115
b.	Beschädigung von Kraftfahrzeugen	116
c.	Beeinträchtigung der Verdienstmöglichkeiten	116
d.	Vereitelung der Fruchtziehung	117
e.	Verlust der Bebauungsfähigkeit	121
f.	Verlust des Wettgewinns	121
g.	Mietwagenkosten	121
h.	Verlust des Veräußerungsgewinns	123
i.	Wertverlust durch Verhinderung rechtzeitiger Veräußerung	124
C.	Objektiv-abstrakter Schaden und Interesse	124
1.	Die Rechtfertigung einer objektiv-abstrakten Berechnung	125
2.	Anwendungsbereich der objektiv-abstrakten Berechnung	129
a.	Sach- und Personenschäden	129
b.	Schäden an bestehenden Rechten	130
c.	Folgeschäden	131
d.	Verbindlichkeiten und Aufwendungen	133
e.	Keine Beschränkung auf die Verschuldenshaftung	136
3.	Der objektiv-abstrakte Schaden als Differenz	137
4.	Die Bedeutung des objektiv-abstrakten Schadens	138
5.	Das Interesse	140
D.	Nichterfüllungsschaden und Vertrauensschaden	142
1.	Der Nichterfüllungsschaden	142
2.	Der Vertrauensschaden	147
3.	Der Ersatz des Erfüllungsinteresses außerhalb gültiger Verträge	149
4.	Das Erhaltungs- oder Integritätsinteresse	153
5.	Das hypothetische Erfüllungsinteresse als Grenze des Vertrauensschadenersatzes	154
6.	Ersatz des Vertrauens- statt des Nichterfüllungsschadens? ...	155

IV.	Der ideelle Schaden	158
	A. Begriff und Arten	158
	B. Der Schutz ideeller Interessen	161
V.	Abgrenzungsprobleme zwischen Vermögensschäden und Immaterialschäden	163
	A. Affektionsinteresse und subjektiver Vermögensschaden	164
	B. Der Gebrauchsentgang	165
	C. Verlust oder Beeinträchtigung von Freizeit und Urlaub	173
	D. Nutzlos gewordene Aufwendungen	176
2	Die Verursachung	183
I.	Der Kausalzusammenhang als Haftungsvoraussetzung	184
	A. Bedeutung und Begriff der Verursachung	184
	1. Bedeutung	184
	2. Die Verursachungstheorie als Haftungstheorie	186
	3. Die Äquivalenztheorie	188
	4. Die Theorie der gesetzmäßigen Bedingung	190
	5. Die Vorzüge der Äquivalenztheorie	190
	6. Die exakte Fragestellung bei der Verursachungsprüfung	193
	B. Verursachung eines Schadenserfolges	196
	C. Haftungsbegründende und haftungsausfüllende Kausalität	197
	D. Die Kausalität der Unterlassung	198
	E. Psychische Kausalität	200
	F. Die »Unterbrechung« des Kausalzusammenhanges	201
	G. Die Kausalität bei Aufwendungen	202
II.	Ausnahmen vom Verursachungsprinzip	206
	A. Die Haftung mehrerer Täter	208
	B. Alternative Kausalität	210
	1. Das Problem und seine Lösung im Allgemeinen	210
	a. Problemstellung	210
	b. Lösungsansätze	212
	c. Haftungsgrund	216
	d. Solidarhaftung der alternativen Täter?	218
	2. Subsidiarität der Haftung für alternative Kausalität?	219
	3. Zusammentreffen von schuldhaftem Handeln mit einem von der Geschädigten zu tragenden Ereignis	220
	a. Die Fälle alternativer Kausalität	220
	b. Alternative Kausalität bei »alternativer Opferschaft«	224

c.	Die Lehre vom Verlust einer Chance als besserer Lösungsansatz?	226
4.	Alternative Kausalität und Gefährdungshaftung	233
5.	Eines der Ereignisse löst nur bei nachgewiesener Kausalität eine Haftung aus	234
6.	Mehrheit von alternativen Tätern und auch Opfern	235
C.	Kumulative Kausalität	238
D.	Überholende Kausalität	242
1.	Rechtsprechung und Lehre	243
2.	Die Lösung des Problems	248
a.	Bei Naturalherstellung	248
b.	Bei Ersatz des objektiven Schadens	249
c.	Bei Interesseersatz	253
E.	»Minimale Kausalität«	257
F.	Summierte Einwirkungen	259
1.	Ursächlichkeit für den gesamten Schaden	259
2.	Lineare Schadenssteigerung	260
3.	Progressive Schadenssteigerung	260
4.	Degressive Schadenssteigerung	261
5.	Unaufgeklärte Verursachung	261
C	Zurechnung	263
1	Die Rechtswidrigkeit	269
I.	Bedeutung und Begriff der Rechtswidrigkeit	269
A.	Die Bedeutung der Rechtswidrigkeit im Haftungssystem	270
B.	Verhaltens- und Erfolgsonrechtslehre	271
C.	Neuere Entwicklungen in der Rechtswidrigkeitslehre	273
D.	Eigener Standpunkt	276
1.	Die Anerkennung von Schutzbereichen und das tatbestandsmäßige Verhalten	277
2.	Das rechtswidrige Verhalten	278
II.	Die Feststellung der Rechtswidrigkeit	281
A.	Allgemeines	281
B.	Deliktisches Verhalten	282
1.	Die Möglichkeiten der Festlegung rechtswidrigen Verhaltens	283
2.	Die Bestimmung der rechtsgutbezogenen Rechtswidrigkeit	284
a.	Schutzbereiche (Tatbestand)	284

b.	Die Sorgfaltspflichten	287
c.	Geringfügigkeitsgrenze?	291
d.	Veranschaulichung der Rechtswidrigkeitsfeststellung	294
3.	Die Bedeutung der »Sozialadäquanz«	296
4.	Das »echte Handeln auf eigene Gefahr«	296
C.	Die Verletzung von Schuldverhältnissen	298
D.	Der Zwischenbereich zwischen Delikt und Verletzung eines Schuldverhältnisses	301
III.	Die Rechtswidrigkeit bei psychischer Kausalität	306
IV.	Die Rechtswidrigkeit von Unterlassungen	311
V.	Die Rechtfertigungsgründe	314
A.	Die Bedeutung der Rechtfertigungsgründe	314
B.	Die Notwehr	315
1.	Die Notwehr im Allgemeinen	316
a.	Grundgedanken	316
b.	Notwehrfähige Güter	317
c.	Rechtswidrigkeit des Angriffs	319
d.	Gegenwärtigkeit des Angriffs	320
e.	Grenzen der zulässigen Abwehr	320
2.	Die vom Abwehrenden herbeigeführte Notwehrsituation	325
3.	Die Abwehr nicht rechtswidriger Angriffe	327
C.	Der Notstand	328
D.	Die Selbsthilfe ieS	332
1.	Begriff	333
2.	Rechtmäßigkeit der Selbsthilfehandlung	334
3.	Folgen unzulässiger Selbsthilfe	335
E.	Die Einwilligung der Verletzten	336
1.	Die Zulässigkeit der Einwilligung	336
2.	Die Einwilligung als Willenserklärung	339
3.	Die Bedeutung der Qualifikation der Einwilligung als Willenserklärung	342
4.	Handeln auf eigene Gefahr	343
F.	Geschäftsführung ohne Auftrag	343
G.	Gesetzliche Ermächtigung und behördliche Genehmigung	344
2	Das Verschulden	347
I.	Begriff und Bedeutung des Verschuldens	347
A.	Der Begriff im Allgemeinen	347
B.	Bedeutung des Verschuldens im Schadenersatzrecht	351

II.	Die Verschuldensfähigkeit (Deliktsfähigkeit)	352
A.	Alter und Deliktsfähigkeit	352
1.	Die allgemeine Regelung	353
2.	Täuschung über die Geschäftsfähigkeit	354
a.	Die frühere Regelung des § 866 ABGB	354
b.	Die Lage nach Aufhebung des § 866 ABGB	355
B.	Geisteszustand und Deliktsfähigkeit	355
III.	Arten des Verschuldens	357
A.	Der Vorsatz	357
1.	Wissen und Wollen	357
2.	Gegenstand des Wissens und Wollens	358
3.	Der Vorsatz bei sittenwidriger Schädigung und bei Verletzung von Schutzgesetzen im Besonderen	360
B.	Die Fahrlässigkeit	362
1.	Der Begriff der Fahrlässigkeit	362
2.	Der Beurteilungsmaßstab	364
a.	Der Grundsatz der subjektiven Beurteilung	364
b.	Die Objektivierung bei Vertragsverletzungen	367
c.	Die Objektivierung bei der Sachverständigenhaftung	369
d.	Die Objektivierung bei Verwendung gefährlicher Sachen	370
e.	Ergebnis	370
3.	Rechtswidrigkeit und Fahrlässigkeit	371
4.	Die Fahrlässigkeitsstufen	373
3	Die erhöhte Gefährdung	379
I.	Die allgemeine Bedeutung der erhöhten Gefährdung	380
II.	Gesetzliche Regelung	382
A.	Die derzeitige Situation	382
B.	Die Notwendigkeit einer Generalnorm	384
III.	Grundgedanken der Gefährdungshaftung	386
IV.	Gefährdungshaftung und Eingriffshaftung	389
V.	Die besondere Gefährlichkeit	390
A.	Quellen erhöhter Gefahr	390
B.	Haftung bei unerkennbaren Gefahren?	392
C.	Zusammenhang zwischen Gefährlichkeit und Schaden	393
VI.	Die Zurechnung der Gefahrenquelle	393
VII.	Haftungsbefreiungsgründe	394
VIII.	Zu ersetzende Schäden	396
A.	Ideelle Schäden	396

	B. Positiver Schaden und entgangener Gewinn	396
	C. Haftungshöchstbeträge	396
IX.	Handeln auf eigene Gefahr	400
4	Die wirtschaftliche Tragfähigkeit	401
I.	Die Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse im geltenden Recht	401
II.	Erweiterung des Anwendungsbereichs durch Analogie	402
III.	Übermaßverbot und Reduktionsklausel	405
5	Die Vorteilerzielung	409
I.	Die abstrakte Möglichkeit der Gewinnerzielung	409
II.	Die konkrete Vorteilerlangung	413
III.	Der Gewinnherausgabeanspruch – zwischen Schadenersatz- und Bereicherungsrecht	414
6	Die Risikogemeinschaft	421
7	Die Versicherbarkeit und das Versichertsein	425
I.	Die Zumutbarkeit der Versicherung	425
II.	Das tatsächliche Bestehen einer Versicherung	426
8	Die Sicherstellung der Ersatzleistung	429
I.	Einleitung	429
II.	Ansatzpunkte im geltenden Recht	430
	A. Haftung des Wohnungsinhabers	430
	B. Gastwirtheftung	431
	C. Haftung der Mittäter	432
	D. Haftung bei alternativer Täterschaft	433
	E. Gehilfenhaftung	434
	F. Amtshaftung	435
	G. Produkthaftung und Kapitalmarktrecht	436
III.	Ein allgemeines Institut der Sicherstellungshaftung	437
	A. Umschreibung der Sicherstellungshaftung	437

B.	Voraussetzungen der Sicherstellungshaftung	438
1.	Die Erschwerung der Durchsetzung von Schadenersatz- ansprüchen durch die Sphäre des Haftenden	438
2.	Die Verursachung des Schadens als Voraussetzung?	440
3.	Die Existenz eines Ersatzanspruchs der Geschädigten gegen einen Dritten als Voraussetzung der Sicherstellungshaftung?	440
4.	Die Möglichkeit der wirtschaftlichen Schadensüberwälzung?	441
5.	Die Versicherbarkeit	441
6.	Die Maßgeblichkeit von Schadenszurechnungskriterien?	442
C.	Rechtsfolgen	443
D.	Die Umrise eines Systems der Sicherungshaftung	445
IV.	Mögliche Auswirkungen der Anerkennung einer Sicherstellungshaftung	447
A.	Die Haftung für den Besorgungsgehilfen	448
B.	Übertragung von Verkehrssicherungspflichten	449
C.	Eisenbahnhaftung	450
D.	Providerhaftung	451
9	Die Mitverantwortung der Geschädigten	453
I.	Grundlagen	454
A.	Einleitung	454
B.	Die Gleichbehandlungsthese	456
C.	Die Differenzierungsthese	458
D.	Ein vermittelnder Ansatz	459
E.	Mitverschulden und Naturalersatz	466
II.	Das Mitverschulden	466
A.	Die rechtliche Natur des Mitverschuldens	466
B.	Die Verursachung	469
C.	Adäquität und Normzweck	471
D.	Verschulden und Zurechnungsfähigkeit	472
E.	Schadensteilung und alleinige Schadenstragung	475
1.	Das Verschulden als Aufteilungskriterium	475
a.	Die allgemeine Regelung	475
b.	Die Bestimmung des § 1308 ABGB	477
c.	Die Regelung des § 878 ABGB	478
d.	Fehlende Zurechenbarkeit des Schadens zur Geschädigten	480
e.	Pflicht des Schädigers zur Schadensabwendung	480
f.	Gerechtfertigte Selbstgefährdung der Geschädigten	482

2.	Verursachung und Adäquanz als Aufteilungskriterien	482
3.	Mitverschulden bei Gefährdungs-, Produkt- und Eingriffshaftung des Schädigers	483
4.	Die Sonderregelung bei Verletzung der Gurtenanlage- und der Sturzhelmpflicht	486
F.	Fallbeispiele aus der Rechtsprechung des OGH	489
1.	Alkoholisierung, fehlende Lenkberechtigung	490
2.	Vorrangverletzungen	492
3.	Kollision mit entgegenkommenden Fahrzeugen	494
4.	Fehler beim Überholen	495
5.	Abbiegen	496
6.	Auffahrunfälle	497
7.	Radfahrer	498
8.	Rückwärtsfahren	499
9.	Fußgänger und Rollstuhlfahrer	499
10.	Gurten- und Sturzhelmpflicht	502
11.	Unbefugte Beförderung	503
12.	Beleuchtungsfehler	503
13.	Vorbeifahren an Straßenbahn	504
14.	Auf- und Abspringen bei Eisen- und Straßenbahnen	504
15.	Überschreiten der Gleise	505
16.	Wegehaltung	505
17.	Tankstellen	506
18.	Abschleppen	506
19.	Tiere	506
20.	Baustellen	507
21.	Sonstige Verkehrswidrigkeiten	507
22.	Übermüdung	508
23.	Verfolgungsfahrt	509
24.	Mitführen einer Waffe	509
25.	Hubschrauber	509
26.	Schi- und Rodelfahren	509
27.	Klettern	511
28.	Werkunternehmer	511
29.	Veräußerung	512
30.	Bankgeschäfte	512
31.	Versicherungen	514
32.	Konkursverschleppung	514
33.	Feuerwerke	515
34.	Letztverbraucher	515
35.	Fitnesszentrum	515

36. Rechtsanwalt	515
37. Prozessführung	515
38. Glücksspiel	516
III. Die Zurechnung des Verhaltens des Gehilfen und des gesetzlichen Vertreters	517
A. Die Zurechnung des Gehilfenverhaltens	517
1. Problem und Meinungsstand	517
2. Maßgebende Wertungen und Lösung des Problems	521
B. Die Zurechnung des gesetzlichen Vertreters	525
C. Die Zurechnung bei juristischen Personen	526
D. Die Zurechnung des Sachinhabers	527
IV. Mitwirkende Betriebsgefahr auf Seiten der Geschädigten	527
V. Handeln auf eigene Gefahr	528
VI. Anrechnung bei Ansprüchen der hinterbliebenen Unterhalts- berechtigten und der Schockgeschädigten sowie bei Verträgen mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	530
A. Anrechnung der Mitverantwortlichkeit des Getöteten bei Ansprüchen der Unterhaltsberechtigten und der Schockgeschädigten	531
B. Die Zurechnung des Mitverschuldens des Gläubigers bei Ansprüchen des vom Vertrag mitgeschützten Dritten	533
VII. Verletzung der Pflicht zur Schadensabwehr oder Schadensminderung	535
A. Das Problem	535
B. Mögliche Lösungsansätze	538
1. Verpflichtung zur Schadensminderung?	538
2. Der Grundgedanke der §§ 1323, 1324 ABGB	539
3. Das Mitverschulden	540
4. Ausschluss der Zurechenbarkeit des Schadens	543
C. Der Ersatz der Aufwendungen zur Schadensminderung	544
D. Einzelne Fälle	545
1. Schadensvergrößerung durch Aufwendungen	546
2. Unterlassung der Schadensminderung	548
VIII. Mitverantwortung bei Tätermehrheit	553
IX. Anhang: Mitverantwortung und Quotenvorrecht des Versicherers ...	557
10 Begrenzung der Zurechnung	559
I. Einleitung	559
II. Die Adäquanzlehre	562

A.	Die Begründung und der Anwendungsbereich der Adäquanzlehre	562
B.	Die Adäquanzformel	567
C.	Fehlende Adäquität	572
D.	Adäquität als bewegliche Grenze	575
III.	Der Normzweck – Das Problem des »mittelbaren Schadens«	576
A.	Die Lehre vom Schutzzweck der Norm im Allgemeinen	577
B.	Einzelne Fallgruppen	581
1.	Der Normzweck bei Schutzgesetzen	581
2.	Die Verletzung geschützter Rechtsgüter	589
a.	Die grundsätzliche Einbeziehung von Folgeschäden	589
b.	Aufwendungen zur Abwehr einer konkreten Gefahr	590
c.	Folgeschäden der Unterlassung einer Anzeige	590
d.	Der Entgang verbotener oder sittenwidriger Gewinne	591
e.	Verlust des »Bonus«	593
f.	Schäden Dritter	594
g.	Verfolgungsschäden	597
h.	Schäden der Retter	597
i.	Schäden unschuldig Verdächtigter	598
j.	Schädigung Dritter mit der gestohlenen Sache	599
k.	Folgeschäden bei Körperverletzungen	599
l.	Gesundheitsschäden Dritter bei Körperverletzungen	600
m.	Schutzbereich der Ehe	601
3.	Die Verletzung von Vertragsverhältnissen	601
a.	Die allgemeinen Grundsätze	601
b.	Die Regelung des UN-Kaufrechts	604
c.	Einzelfälle	605
4.	Das rechtmäßige Alternativverhalten	608
5.	Der Normzweck bei Haftung ohne Rechtswidrigkeit	617
IV.	Das Verhältnis von Adäquität und Normzweck	619
V.	Dazwischentreten einer Willensbetätigung	621

D Ersatzanspruch 625

1 Die Naturalherstellung 629

I.	Allgemeines	629
A.	Naturalrestitution und Geldersatz	629
1.	Der Vorrang der Naturalrestitution	630
2.	Geldersatz bei Nichterbringung der Naturalherstellung	633

a.	Rücktritt analog § 918 ABGB	634
b.	Schadenersatz wegen Nichterfüllung	634
3.	Ansprüche bei mangelhafter Wiederherstellung	635
B.	Vornahme der Naturalherstellung durch die Geschädigte	636
1.	Geschäftsführung ohne Auftrag und § 1042 ABGB	637
2.	Ersatz des Integritätsinteresses	639
3.	Ersatz des Aufwandes zur Schadensminderung	642
C.	Naturalersatz bei ideellen Schäden	642
D.	Naturalersatz- und Beseitigungsanspruch	644
II.	Möglichkeit und Tunlichkeit der Naturalherstellung	648
A.	Möglichkeit	648
B.	Tunlichkeit	650
III.	Art und Umfang der Wiederherstellung	655
A.	Allgemeines	655
B.	Naturalrestitution bei Doppelveräußerung	657
IV.	Naturalersatz bei unbehebbarer Beschädigung einer Sache	658
V.	Naturalersatz beim Problem »neu für alt«	659
2	Geldersatz bei Vermögensschäden	663
I.	Allgemeines	663
A.	Der Umfang des Ersatzes bei der Verschuldenshaftung	663
B.	Der Umfang des Ersatzes bei der Haftung ohne eigenes Verschulden	665
1.	Allgemeines	666
2.	Haftung bei Notstandshandlungen	667
3.	Haftung Unmündiger	667
4.	Gehilfenhaftung	668
5.	Haftung nach § 1318 ABGB und Sicherstellungshaftung im Allgemeinen	669
6.	Bauwerkehaftung	669
7.	Risikohaftung	670
8.	Gefährdungshaftung	670
9.	Produkthaftung	671
10.	Eingriffshaftung	672
C.	Die Art des Ersatzes: Kapital- oder Rentenzahlung?	673
II.	Der Ersatz des positiven Schadens	675
A.	Allgemeines	675
B.	Die Berechnung des gemeinen Wertes	676
C.	Einzelfragen	681

1.	Beschädigung gebrauchter Sachen	682
2.	Merkantiler Minderwert	682
3.	Vorteilsausgleichung	684
4.	Änderung des Marktpreises und Geldentwertung	685
5.	Maßgebender Ort	686
6.	Ersatz des positiven Schadens und Umsatzsteuer	688
III.	Der Interesseersatz	690
A.	Allgemeines	691
B.	Die Vorteilsausgleichung	693
1.	Das Problem	693
2.	Die Adäquanz als Abgrenzungskriterium	696
3.	Das »Statikprinzip«	696
4.	Der Zweck der Zuwendung von dritter Seite	697
a.	Der Grundgedanke	697
b.	Die Nichtanrechnung des Vorteils	699
c.	Vorteilsanrechnung, wenn auch der Zuwendende keinen Nachteil erleidet?	700
d.	Die Rechtsprechung zur Vorteilsanrechnung	702
5.	Die Vorteile durch Erbschaften	704
6.	Die Anrechnung anderer Vorteile	706
7.	Vorteilsausgleichung bei von der Verletzten geschaffenen Vorteilen	708
8.	Vorteilsausgleichung und Mitverschulden	710
C.	Das Problem »neu für alt«	711
D.	Der merkantile Minderwert	713
3	Geldersatz für ideelle Schäden	717
I.	Einleitung	718
II.	Die Ersatzfähigkeit ideeller Schäden im Grundsätzlichen	718
A.	Die allgemeine Problematik	718
B.	Die Gesetzeslage	720
C.	Die Lehre	721
D.	Die Rechtsprechung	724
III.	Die Eingrenzung der Ersatzpflicht	727
A.	Objektivierbarkeit des Schadens und Rang des verletzten Gutes	727
B.	Schmerzempfinden	731
C.	Verquickung ideeller Interessen mit Geld	732
D.	Erheblichkeitsschwelle	733

	E. Ideelle Nachteile Dritter	735
	F. Besonderheiten bei Vertragsverletzungen	737
IV.	Abrundender Lösungsansatz	739
V.	Bemessung und Art des Ersatzes	742
	A. Bemessung im deliktischen Bereich	743
	B. Bemessung im vertraglichen Bereich	748
	C. Vorteilsanrechnung	749
	D. Kapitalbetrag oder Rente?	752
4	Ersatzberechtigung und Drittschäden	753
I.	Der Ersatzberechtigte	753
II.	Das Drittschadensproblem	755
	A. Das Problem	755
	B. Drittschaden und Naturalherstellung sowie objektive Schadensberechnung	759
	C. Drittschaden und subjektive Schadensberechnung	761
	1. Die Lösung der Drittschadensfälle	761
	a. Die Lehre	761
	b. Die Rechtsprechung	766
	2. Der Anspruchsberechtigte	771
	3. Die Höhe des Anspruchs	774
	4. Das Verhältnis zwischen Verletzter und Dritter	778
III.	Vertragsketten und Drittschadensliquidation	780
5	Mehrheit von Ersatzpflichtigen und Ausgleich im Innenverhältnis ...	785
I.	Allgemeines	785
II.	Mehrheiten von Schadenersatzpflichtigen	791
	A. Die Haftung nach den §§ 1301, 1302 ABGB	792
	1. Die Problematik dieser Bestimmungen	792
	2. Die Gemeinschaftlichkeit des Handelns	793
	3. Der Beitrag zum Schaden	795
	4. Die Regelung im Einzelnen	796
	a. Die Haftung der Nebentäter	796
	b. Die Haftung der Mittäter	798
	B. Weitere Fälle solidarischer Haftung	798
	1. Alternative, überholende und kumulative Kausalität	798
	2. Die Haftung von Geschäftsherr und Gehilfe	799
	3. Sondergesetzliche Anordnung einer Solidarhaftung	799

III.	Der interne Ausgleich	800
A.	Notwendigkeit einer Regelung des internen Ausgleichs	800
B.	Der Charakter des Regressrechts	801
C.	Entstehen und Umfang des Regressanspruches	805
1.	Allgemeines	805
2.	Der Rückgriff unter mehreren Schadenersatzpflichtigen	806
a.	§ 896 ABGB und die Maßgeblichkeit der Zurechnungsmomente	806
b.	Alleinige Schadenstragung im Innenverhältnis	807
c.	Haftungseinheiten	809
d.	Prozesskosten	809
3.	Der Rückgriff bei sonstigen Schuldnermehrheiten	811
D.	Haftungsbefreiung eines Solidarschuldners (»gestörte Gesamtschuld«)	812
1.	Die rechtsgeschäftliche Haftungsbefreiung	812
2.	Die gesetzliche Haftungsbefreiung	815
a.	Dienstgeberhaftungsprivileg gemäß § 333 ASVG	816
b.	Dienstnehmerprivileg gemäß § 332 ASVG	817
c.	Wegehalterhaftungsprivileg gemäß § 1319a ABGB	818
d.	Haftungshöchstbeträge	819
6	Fälligkeit und Verjährung des Schadenersatzanspruches	821
I.	Die Fälligkeit	821
A.	Der Begriff der Fälligkeit	821
B.	Fälligkeit der Schadenersatzforderung und Verzug	822
1.	Der Stand der Meinungen	822
2.	Versuch einer Lösung	826
II.	Die Verjährung	827
A.	Grundgedanken	827
B.	Die gesetzlichen Regelungen	828
C.	Die kurze Verjährung nach § 1489 ABGB	830
1.	Allgemeines	831
2.	Kenntnis, Kennenmüssen und Erkundigungsobliegenheiten	832
3.	Kenntnis des Schadens	833
a.	Der Schadenseintritt als maßgebliche Voraussetzung	833
b.	Primärschaden und Folgeschaden	834
c.	Fortgesetzte Handlungen	837
d.	Unterlassungen	837
e.	Verletzung von Leistungspflichten	837

4.	Kenntnis des Beschädigers	841
D.	Die lange Verjährung nach § 1489 ABGB	842
E.	Die Verjährung der Regressansprüche	847
7	Die Beweislast	851
I.	Allgemeines	851
A.	Begriff und Bedeutung der Beweislast	852
B.	Anscheinsbeweis und Beweislast	854
C.	Beweislastregeln und materielles Haftungsrecht	857
II.	Die Beweislastverteilung im Schadenersatzrecht	858
A.	Die Grundregel	858
B.	Haftungsvoraussetzungen	860
1.	Schaden	860
2.	Kausalzusammenhang	864
a.	Allgemeines	864
b.	Unterlassungen	865
c.	Verletzungen von Aufklärungspflichten	867
d.	Ärztliche Behandlungsverträge	869
e.	Potentielle Kausalität	870
f.	Verletzung eines Schutzgesetzes	871
g.	Haftung für eine besondere Gefahrenquelle	872
C.	Zurechnungsvoraussetzungen	873
1.	Rechtswidrigkeit	873
2.	Verschulden	878
a.	Die Grundregel (§§ 1296, 1297 ABGB)	878
b.	§ 1298 ABGB und die Problematik seines Anwendungsbereiches	880
c.	Lösungsansatz für § 1298 ABGB	885
d.	Haftung wegen culpa in contrahendo und positiver Forderungsverletzung	888
3.	Haftung für fremdes Verhalten	893
4.	Haftung ohne Verschulden	893
D.	Zurechnungsbegrenzungen, Mitverantwortung und Verjährung	895
1.	Adäquität	895
2.	Schutzzweck der Norm	895
3.	Mitverantwortung der Geschädigten	895
4.	Verjährung	896

▷

E	Konkurrenz von Rechtssätzen	897
I.	Einleitung	902
II.	Die normverdrängende Konkurrenz	902
III.	Die Anspruchshäufung (kumulative Konkurrenz)	904
IV.	Die alternative Anspruchskonkurrenz	904
V.	Anspruchskonkurrenz und Anspruchsnormenkonkurrenz	905
	A. Das Problem im Allgemeinen	906
	B. Die Anwendung mehrerer Anspruchsnormen	906
VI.	Einige Fallgruppen	908
	A. Vertragsverletzung und Delikt	908
	1. Anspruchskonkurrenz, Anspruchsnormenkonkurrenz oder einheitliche Anspruchsgrundlage	908
	2. Einzelfragen	911
	B. Gefährdungshaftung und Delikt	914
	C. Der Anspruch aus mehreren deliktischen Normen	915
	D. Schadenersatz und Regress	915
	E. Schadenersatz und Eigentumsherausgabeanspruch	916
	F. Schadenersatz und Bereicherung	918
F	Rechtsgeschäftliche Änderungen der Ersatzpflicht	923
I.	Beschränkung der vertraglichen Haftung	927
	A. Die gesetzlichen Grundlagen	928
	B. Rechtsprechung und Lehre	930
	1. Darstellung des Meinungsstandes	930
	2. Kritik	932
	C. Lösungsansätze	934
	1. Auslegung des Haftungsausschlusses	934
	2. Die Zulässigkeit von Haftungsausschlüssen	936
	3. Die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen	945
	a. § 1336 ABGB und die Anerkennung reiner Schadens- pauschalierungen als Argument für die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen	945
	b. Die schlichten Haftungsbeschränkungen	946
	4. Die Zulässigkeit der Beschränkung von Pflichten	948
II.	Beschränkung der außervertraglichen Haftung	951
	A. Durch Vereinbarung	951
	B. Einseitiger Haftungsausschluss	953

1. Bei Verkehrseröffnung	953
2. Bei Auskunftsgewährung	954
III. Der Ausschluss der Haftung zugunsten und zu Lasten Dritter	954
A. Zugunsten Dritter	955
B. Zu Lasten Dritter	956
IV. Haftungsverschärfungen	958
Register	961
Paragrafenregister	963
Sachregister	975

